GAV Kündigung

Wie weiter?

Mitglieder der Fraktion SP/junge SP in der Spezialkommission Personalrecht: Simon Bürki, Nadine Vögeli, Philipp Heri.

Die während über 20 Jahren erfolgreich gepflegte Solothurner Sozialpartnerschaft wurde mit der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) über Bord geworfen. Nach der unnötigen und überstürzten Kündigung wurde eine kantonsrätliche Spezialkommission gegründet, um eine Totalrevision des Personalrechts auszuarbeiten. In dieser ist die SP mit Nadine Vögeli (zur 2. Vizepräsidentin gewählt), Philipp Heri und Simon Bürki vertreten.

Verlängerung GAV bis 2030
Diese Kommission wird durch eine Expertengruppe aus der Verwaltung (inkl. Solothurner Spitäler AG) unterstützt. Die Ausarbeitung des neuen Personalrechts ist anspruchsvoll und wird entsprechend Zeit in Anspruch nehmen. Daher beantragt die Spezialkommission dem Kantonsrat im Herbst, dass der GAV bis Ende 2030 in Kraft bleibt.

Personalverbände sind einbezogen
Die Spezialkommission hat für den gesamten Prozess der Personalrechtsrevision eine Begleitgruppe Arbeitnehmende (Personalverbände StPV, LSO, vpod, VSAO, alliance care) und eine Begleitgruppe Arbeitgebende (Zentralverwaltung, soH, SGV, VSEG) eingesetzt. Damit ist sichergestellt, dass die Personalverbände über die Beratungen in der Spezialkommission informiert sind und sich im Prozess auch aktiv einbringen können.

Stand der Arbeiten in der Kommission
Bisher wurden in der Spezialkommission erst Informationen zusammengetragen. So wurden vor allem verschiedene kantonale Personalrechtsmodelle miteinander verglichen, damit später grundsätzliche Fragen geklärt werden können: Welche Modelle kommen überhaupt in Frage? Welche Erfahrungen haben andere Kantone gemacht? Welche Vor- und Nachteile bringen die verschiedenen Systeme mit sich?

GAV wurde seit Jahren schlechtgeredet
Leider wurde der GAV in den vergangenen Jahren politisch derart schlechtgeredet, dass er bei allen bürgerlichen Parteien kaum mehr Sympathien geniesst. So will sich die FDP (und auch die SVP) z. B. an privatwirtschaftlichen Prinzipien orientieren und vor allem den Kündigungsschutz an die Rahmenbedingungen des Obligationenrechts angleichen. Doch ganz so einfach, wie sie es gerne hätten, ist es nicht.

Mehr Pflichten als im Privatrecht
Der Staat tritt gegenüber den Bürger:innen durch seine Mitarbeitenden hoheitlich auf. Deshalb beinhaltet das öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnis mehr als ein privater Arbeitsvertrag. Es ist ein Sonderstatusverhältnis, das auch Pflichten wie politische Treuepflicht, Amtsgeheimnis oder besondere Disziplinarregeln beinhaltet. Diese Pflichten lassen sich durch das Obligationenrecht nicht eins zu eins abbilden. Deshalb kann auch das Kündigungsrecht nicht einfach so aus dem Obligationenrecht übernommen werden. Eben: Es ist etwas komplizierter, als die Gegner:innen des GAV wahrhaben möchten.

Keine Verschlechterungen im Personalrecht
Die SP versucht eine Mehrheit zu gewinnen für die Weiterentwicklung des GAV, obwohl dies aktuell mit den bürgerlichen Parteien leider fast unmöglich scheint. Die SP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass es mit dem neuen Personalrecht zu keiner Verschlechterung für die Angestellten kommt, die Interessen der Mitarbeitenden angemessen berücksichtigt und die bewährten Stärken des heutigen GAVs nicht leichtfertig aufgegeben werden.

Nadine Vögeli, Simon Bürki, Philipp Heri

51. Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt

Utopie und Demokratie – einige Überlegungen und ein Aufruf

Utopien gibt es im Verlauf der Geschichte in vielfältigen Formen. Insbesondere linke, demokratische Konzepte für eine gerechtere Gesellschaft wurden immer wieder als ‹utopisch› bezeichnet, und man meinte damit ‹illusorisch, unrealisierbar›. Das galt lange auch für die Demokratie – bis zum Beweis des Gegenteils! Wir haben die Frage gestellt: Könnten nicht gerade in der heutigen politischen Landschaft Utopien – insbesondere sozialdemokratische Utopien – notwendige Impulse für eine Stärkung der Demokratie und eine lebensbejahende Haltung geben? Petra Schwaller, Ilse und Christoph Ditzler

Die *Utopie* ist der Entwurf einer idealen, erstrebenswerten Gesellschaft oder einer Welt in der Zukunft, die noch nicht existiert, aber denkbar ist. Sie zeigt ein Gegenbild zu bestehenden Schwachstellen und Ungerechtigkeiten auf und will diese Situation für alle fundamental verbessern. Sie ist in allen Teilen neu, umfassend und somit eine radikale Alternative zum Heute. Sie ist nie fertig, kein Rezept, keine Fantasie, auch keine Flucht oder technologische Science-Fiction, sondern ein Leitstern für einen Weg in eine bessere Zukunft.

Wichtig: Auf dem Weg sind die Menschen mitzunehmen, und dieser ist nicht gradlinig. Die Annäherung an das Ziel ist die Motivationsquelle.

Auch an einer bzw. unserer Demokratie wird ständig gebaut, allein schon infolge des gesellschaftlichen Wandels und der sich verändernden Lebensumstände.

Unsere Schlussfolgerung: Wir brauchen eine sozialdemokratische Utopie!

Eine sozialdemokratische Utopie beschreibt eine ideale Gesellschaft, die der grösstmöglichen Zahl von Menschen erstrebenswert erscheint: *Sie ermöglicht jedem/jeder, seine/ihre Fähigkeiten zu entfalten und an einem gemeinschaftlichen Projekt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Welt mitzuwirken.* Sie erweitert den Horizont des Möglichen und macht Undenkbares greifbar. Sie stärkt das Vertrauen und den Willen, die Zukunft gemeinsam und aktiv zu gestalten. Als *Leitstern für den Weg in eine bessere Zukunft* motiviert sie zum Aufbruch.

Sie zeigt eine radikal humanistische, dem Leben und der Lebensfreude zugewandte, demokratisch fundierte Gegenwelt zu drei Dystopien (negative Utopien), die heute manchen unvermeidlich oder gar verführerisch erscheinen:

- gegen die Fortsetzung einer (neo-liberalen) Ökonomisierung aller Lebensbereiche durch maximalen Abbau demokratisch-staatlicher Regeln und sozialer Institutionen zugunsten einer ausschliesslichen Wirtschaftsfreiheit. Unter dem Vorwand angeblich überlegener privater Effizienz und der Notwendigkeit ständigen quantitativen Wachstums würden damit weltweit die unverantwortliche Arbeits- und Ressourcenausbeutung und die extrem ungerechte Vermögens- und Einkommensverteilung weiter geschürt – der ideale Nährboden für rechtsextreme Diskriminierungs- und Spaltungsstrategien und die Etablierung autokratisch-korrupter Oligarchien.
- gegen einen menschenfeindlichen, pseudoreligiösen Techno-Feudalismus, der wenige Auserwählte vor der geradezu herbeiprovozierten irdischen Apokalypse in geschlossene Inseln des Reichtums oder gar extraterrestrische Gefilde retten will.
- gegen einen extremen, postmodernen Relativismus, wo alle Meinungen, Haltungen und Handlungen – unbestritten, unbeschränkt und jederzeit beliebig veränderbar – als gleichwertig gelten sollen *(anything goes)*, was zur Ablehnung wissenschaftlicher Methodik und empirisch nachweisbarer Fakten führt sowie letztlich zur Fragmentierung der Gesellschaft in unversöhnlich-exklusive, identitäre, manipulierbare Interessengruppierungen.

Probieren wir es aus. Ein Arbeitstitel für diesen Weg könnte heissen: die *«Bürgerpolitik» gewinnt die Hoheit über die «Wirtschaftspolitik» zurück.*

Bleiben wir nicht stehen, sondern machen wir uns auf den Weg, eine Demokratie zu schaffen, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben dürfen und sich selbst regieren, verbunden mit geregelten Verfahren und Institutionen.

Die ungekürzte Zusammenfassung lest ihr unter **www.sp-so.ch/wrb**

Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn

Pierric Gärtner neu ins Co-Präsidium gewählt

An der Delegiertenversammlung in Solothurn hat der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS) sein Co-Präsidium neu bestellt. Die Delegierten wählten Pierric Gärtner, Pflegefachmann und SP-Gemeinderat in Solothurn, einstimmig zum neuen Co-Präsidenten. Er führt den GbS künftig gemeinsam mit Sören Niemann (UNIA), der bereits bisher im Co-Präsidium tätig war. Der bisherige Co-Präsident Rolf Hasler (SP Rüttenen) wurde mit grossem Applaus verabschiedet. Wir haben Pierric getroffen, ihm gratuliert und einige Fragen zu seiner neuen Rolle gestellt. Interview: Fabian Müller

Du arbeitest in der Pflege und übernimmst nun das Präsidium des kantonalen Gewerkschaftsbundes. Welche Erfahrungen aus deinem Berufsalltag prägen deinen gewerkschaftlichen Einsatz am stärksten?
Für mich sind das die starke Hierarchie im Gesundheitswesen, welche die Mitsprache der Basis erschwert, und das lange, aktive Wegsehen von Politik, Arbeitgebern und Gesellschaft gegenüber dem Pflegemangel. Diese beiden Probleme zeigen, dass es gerade als Pflegefachperson wichtig ist, sich zu organisieren und sich Gehör zu verschaffen!

Der Fachkräftemangel beschäftigt viele Branchen. Wo siehst du aktuell die grössten Herausforderungen für die Gewerkschaften im Kanton Solothurn – und was muss die Politik jetzt tun?
Die Solothurner Wirtschaft ist stark exportorientiert und hat einen grossen Industrieanteil. Dementsprechend stark steht sie unter Druck. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es zu verhindern, dass dieser Druck zu arbeiterfeindlichen Deregulierungen genutzt wird. Wir müssen dem Druck auf die Löhne entgegenwirken.

Der grösste Hebel, der gegen den Fachkräftemangel wirkt, sind gute Ausbildungs- und attraktive Arbeitsbedingungen. Auch die Reintegration älterer und beeinträchtigter Arbeitnehmer:innen bietet ein grosses Potenzial.

Die Politik muss eine Wirtschaftspolitik machen, die den Menschen und nicht den Gewinnen dient, und die Betriebe bei den Arbeitsbedingungen und der (Re-)Integration in die Pflicht nehmen. Weiter sollte sie Vertrauen schaffen und keine Unsicherheiten schüren, wie sie zum Beispiel durch eine Kündigung eines GAV entstehen.

In der Schweiz häufen sich Streiks, sei es in Winterthur (Buschauffeure) oder in der Waadt. Was hältst du von Streiks?
Streiks sind ein Weg, um die Abhängigkeit der Arbeitgeber von ihren Mitarbeitenden zu zeigen. Es ist ein wichtiges und wirkungsvolles Mittel, sollte aber mit Bedacht gewählt werden. Gerade im Gesundheitswesen darf ein Streik die Notfallversorgung nicht gefährden. Da braucht es etwas kreativere Ansätze, aber ich hätte da schon ein paar Ideen.

Du bist in der nationalen Gesundheitskommission des vpod, die auch die Umsetzung der Pflegeinitiative begleitet. Was tut sich auf nationaler Ebene, genügt die Umsetzung?
Leider tut sich zu wenig. Nach einem hoffnungsvollen Start mit der ersten Etappe der Pflegeinitiative (Verbesserung der Ausbildungsbedingungen), die relativ gut gelungen ist, zeigen die Diskussionen nun, dass die Arbeitsbedingungen nicht wesentlich verbessert werden sollen. Viele der teuer Ausgebildeten werden wie bisher den Job nach durchschnittlich zwei Jahren wieder verlassen. Das ist das Durchlauferhitzer-Modell.

Bildungswerkstatt Willi Ritschard

Lust am Mitdenken? Herzlich willkommen in der Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt!

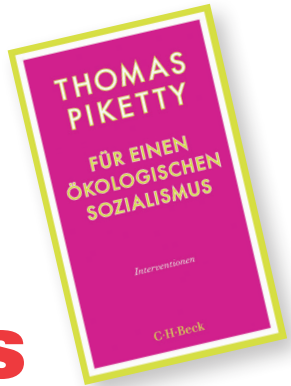
Interessiert? – Dann melde dich für die nächste Werkstatt: Wir treffen uns jeweils an einem **Freitagabend von 19.15 – 21.30 Uhr und am Samstag der darauffolgenden Woche von 9.30 – 13 Uhr.**

Die Daten findest du auf **www.sp-so.ch/wrb** einschliesslich aller bisher behandelten Themen.

Anmeldung für die nächste WRB mit Name, Vorname, Adresse und E-Mail an:
Niels Kruse
Parteisekretariat
SP Solothurn
niels.kruse@sp-so.ch

Meine Sommerlektüre

Piketty: Für einen ökologischen Sozialismus



Soziale Ungleichheit und der Klimawandel gehören ohne Fragen zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Meine diesjährige Sommerlektüre war diesbezüglich sehr erhellend.

Silvia Fröhlicher, Kantonsrätin und Co-Fraktionschefin SP/Junge SP-Fraktion

Thomas Pikettys Hauptbotschaft lautet: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden. Eine erfolgreiche ökologische Transformation ist nur möglich, wenn sie die Ungleichheit verringert und breite gesellschaftliche Unterstützung findet. Dafür fordert er tiefgreifende Reformen des Steuer-, Eigentums- und Wirtschaftssystems, ohne die demokratischen Grundprinzipien aufzugeben.

Pikettys Buch packt und überzeugt weitgehend. Dies vor allem mit folgenden Aussagen:

«Ohne eine Umkehrung der Machtverhältnisse und einen Abbau des Wissensgefälles wird es uns nicht gelingen, wieder Kurs auf mehr Gleichheit zu nehmen.»

Ich bin mit dieser Aussage einverstanden. Es ist unabdingbar, dass wir uns gegen Sparmassnahmen im Bildungsbereich wehren und eine gute Bildungsqualität verteidigen. Ein gutes Bildungssystem hat seinen Preis.

«Wie alle grossen institutionellen Veränderungen der Vergangenheit wird der Aufbau des demokratischen und ökologischen Sozialismus im 21. Jahrhundert tiefgreifende Verfassungsänderungen fordern. Dies, um insbesondere jene unabdingbare Umverteilung von Reichtum zu ermöglichen, ohne die wir die ökologischen Herausforderungen nicht werden bewältigen und die Bewohpnbarkeit des Planeten nicht werden aufrechterhalten können.»

In Anbetracht der Häufung der Hitzewellen und Starkregen als Folge des Klimawandels braucht es nun klare Forderungen von der SP, um die bekannten Probleme anzupacken und langfristige Lösungen umzusetzen. Die Umverteilung von Reichtum ist dabei unerlässlich. Soziale Gerechtigkeit und Schutz des Klimas müssen zusammen gedacht und umgesetzt werden.

SP an der HESO und der MIO

Wir wollen dort sein, wo die Menschen sind, und mit ihnen ins Gespräch kommen. Bist du mit dabei an der HESO in Solothurn vom 18.– 27. September oder an der MIO in Olten am Wochenende vom 18.– 20. September?

Wir sind mit unserer Jass-Stube wieder an der HESO mit dabei. Gemeinsam wollen wir mit möglichst vielen der über 100 000 Besuchenden ins Gespräch kommen und mit ihnen jassen.

Für alle, die nicht jassen können, gibt es mit den roten SP-Ballonen, die bei Kindern sehr beliebt sind, und der Unterschriftensammlung für das Mindestlohn- und das AKW-Referendum viele Möglichkeiten, mit anzupacken.

Das Anmeldeportal für die MIO folgt bald, für die HESO kannst du dich via QR-Code bereits für eine Schicht eintragen.

Rot sticht! Es wird fleissig gejasst am HESO-Stand.